Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annoncenstellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 156. Montag den 27. März 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen
Dienstag, den 28. März 1893,
Vormittags von 9 Uhr an
im hiesigen Stadthause verschiedene Gegenstände, als:
Möbel, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, 1 Cigarrenwickelmaschine, 1 Cigarren-Abschneidemaschine, Haus-, Küchen- und Wirthschaftsgeräthe u. A. m.
öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 25. März 1893.

Das Armenamt.
Henschel. Virtus.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 26. März.

Die gestern von uns mitgetheilte Nachricht der Münchener „Allgem. Ztg.", daß Verhandlungen eingeleitet seien, an denen auch Mitglieder des Centrums und der deutschfreisinnigen Partei sich betheiligten, um unter principieller Genehmigung der Militairvorlage eine Bewilligung derselben in einzelnen Raten auf eine Reihe von Jahren vertheilt zu sichern, wird von der „Nordd. Allgem. Ztg." bestritten. Die Unmöglichkeit der in dieser Nachricht behaupteten Einzelheiten, sagt das Kanzlerblatt, sei handgreiflich. Nun ist es allerdings eine alte Gewohnheit der „Nordd. Allgem. Ztg.", Alles, was sie nicht weiß oder nicht zugeben will, als „handgreifliche Unmöglichkeit" zu bezeichnen; immerhin ergiebt sich aus dieser officiösen Ablehnung, daß Graf Caprivi aus irgend welchen Gründen die Meinung nicht aufkommen lassen will, er sei zu irgend welchem Entgegenkommen bereit. Dieselbe Absicht leuchtet aus einem zweifellos inspirirten Artikel der „Berl. Polit. Nachr." heraus, welcher der mehrfach aufgetretenen Behauptung, daß eine etwaige Auflösung des Reichstags schon aus dem Grunde für die Steuerreform in Preußen verhängnißvoll werden müsse, weil im Herbst Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus stattzufinden hätten, folgendermaßen entgegentritt:

„Diese Auffassung beruht nach zwei Richtungen auf sehr unsicheren thatsächlichen Voraussetzungen. Zunächst ist es keineswegs sicher, daß nicht vor der parlamentarischen Pause, welche eine Reichstagsauflösung bedingen würde, die drei betreffenden Vorlagen im Abgeordnetenhause in der Hauptsache durchberathen sind. Wenn, wie bisher angenommen wird, die zweite Lesung der Militairvorlage nicht vor Anfang Mai beginnt, können eventuell die Neuwahlen frühestens um Mitte Juni stattfinden. 1887 hat man sich mit einer Unterbrechung der Sitzungen von zwei- bis dreiwöchiger Dauer begnügt. Einer längeren Unterbrechung aber wird es jetzt auch nicht bedürfen. Bis zu dem am 11. Mai stattfindenden Pfingstfeste würden daher die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ungestört fortdauern können. Es ist zwar nicht gesichert, wohl aber bei dem weitgehenden Einverständniß in der Commission sehr wohl möglich, daß bis Pfingsten die Berathung aller drei Gesetze im Abgeordnetenhause zu Ende geführt ist. Arbeiten dann die Herrenhauscommissionen ohne Verzug weiter, so steht selbst eine erheblichere Verzögerung des Abschlusses der Steuerreform nicht zu befürchten. Ebensowenig aber trifft die Annahme zu, daß es zu einer Herbsttagung nicht kommen könne, weil schon im Herbst das Abgeordnetenmandat ablaufe. In Preußen zählt nämlich, abweichend vom Reiche, wie bei mehreren Präcedenzfällen festgestellt ist, die Wahlperiode nicht vom Tage der Wahl, sondern vom Tage der ersten Berufung des Landtages. Danach würde der jetzige Landtag bis gegen Neujahr 1894 tagen können. Wenn daher in Folge der Reichstagsauflösung die Nothwendigkeit einer Herbstsession des Landtages sich herausstellen sollte, so würde die Möglichkeit einer solchen durchaus vorhanden sein. Was die Zeit anlangt, so würde mithin der Abschluß der Steuerreform in Preußen durch eine etwaige Reichstagsauflösung keineswegs gehindert werden."

Diejenigen Parlamentarier, die noch immer auf eine Verständigung hinwirken, werden sich jedoch durch alle diese officiösen Abschreckungsversuche nicht abhalten lassen, in ihren Bemühungen fortzufahren. Im Uebrigen wird sich schon in der nächsten Zeit mit ziemlicher Sicherheit erkennen lassen, ob die Reichsregierung an eine nahe bevorstehende Reichstagsauflösung glaubt, resp. auf eine solche unter allen Umständen es ankommen lassen will. Hält sie eine Auflösung schon in einigen Wochen für unvermeidlich, so wird sie schwerlich vorher noch Ersatzwahlen zum Reichstage vornehmen lassen. Es ist unter Anderem der Dortmunder Wahlkreis durch die Ungiltigerklärung der Wahl des Herrn Dr. Möller erledigt. In einem so tiefunterwühlten Wahlkreise, wo die Reichstagswahlen allemal mit den leidenschaftlichsten Kämpfen und der bedenklichsten, die wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse erschütternden Aufregung verbunden, überdies stets Stichwahlen unvermeidlich sind, wäre es geradezu unverantwortlich, wenn jetzt noch eine Ersatzwahl vorgenommen würde, die im Falle einer nahen Auflösung kaum mehr wirksam werden könnte. Unmittelbar darauf würde ja doch eine neue Wahl nothwendig werden.

Die französische Presse fährt, wie nicht anders zu erwarten war, fort, das Treiben der Ahlwardt und Genossen gegen Deutschland auszunutzen. Selbst Blätter, wie der „Temps", die einigermaßen auf guten Ruf halten, behaupten, daß trotz der Unfähigkeit Ahlwardt's, seine Anschuldigungen irgend wie zu beweisen, „doch wohl etwas daran sein müsse". Der „Figaro" ruft entzückt aus: „Sie — d. h. die Deutschen — haben uns nichts mehr vorzuwerfen: sie dürfen uns nicht mehr kritisiren, und es ist ihnen keine Verachtung gegen uns mehr gestattet". — Herr Ribot hat am Freitag, dem russischen Botschafter einen Besuch abgestattet, der dem französischen Ministerpräsidenten auf alle Fälle etwas sauer gewesen ist. Der Zweck war, die Verzeihung des Vertreters des Zaren für die Ungeschicklichkeit zu erbitten, die Ribot in seiner letzten Kammerrede über den Andrieux'schen X. begangen hatte. Aber Herr Ribot ist von seiner früheren Thätigkeit als Minister des Aeußeren her schon geübt und gewohnt, mit Herrn von Mohrenheim in unterwürfiger Haltung zu verkehren; dies und das Bewußtsein, daß es sich vielleicht um seine ganze Zukunft handle, mag ihm über den peinlichen Augenblick hinweggeholfen haben. Das Gespräch, das der russische Botschafter dem Ministerpräsidenten gewährte, soll über eine halbe Stunde gedauert und alle Schatten, die sich zwischen die Veranstalter des Kronstädter Flottenbesuchs gedrängt hatten, verscheucht haben. Es steht nunmehr nichts im Wege, daß Herr Ribot den kommenden Wahlfeldzug im Zeichen der Erfolge der opportunistischen Republik auf dem Gebiete der auswärtigen Politik führe. Herrn von Mohrenheim wird übrigens jetzt von allen Seiten „Genugthuung" geboten. Nachdem Herr Andrieux die Ungeschicklichkeit Ribot's zur Gelegenheit genommen, in aller Form zu erklären, der Vertreter Rußlands sei nicht der Empfänger des geheimnißvollen Halbmillionenschecks, hat nun auch Herr Cottu, der an der schönen blauen Donau Erholung von den Strapazen des ersten Panama-Processes sucht, Herrn von Mohrenheim ein Sittenzeugniß ausgestellt. Cottu hat einem ihn in Wien ausfragenden Gewährsmann des „Gaulois" die Versicherung ertheilt, er habe nie beabsichtigt, den russischen Botschafter in Paris in die Panama-Erörterung zu zerren, sintemalen dieser niemals auch nur das Geringste mit Panama zu schaffen gehabt habe. Nun weiß man aus dreier Zeugen Munde, daß der X. des Herrn Andrieux nicht Mohrenheim heißt. Damit ist das Bezirkspiel um diesen X. noch nicht gelöst, aber es dürfte den Franzosen bald zu langweilig werden, sich weiter damit abzugeben. Herr Andrieux darf, wie er sagt, Herr Ribot will, wie er zeigt, das Geheimniß nicht enthüllen, und so wird auch diese Geschichte allmälig einschlafen, um allenfalls bei den Wahlen vorübergehend galvanisirt zu werden.

Wie schon gemeldet, hat das englische Unterhaus in einer seiner letzten Sitzungen mit allerdings nicht sehr erheblicher Majorität den Beschluß gefaßt, daß künftig an die Mitglieder des Hauses Tagegelder in mäßiger Höhe gezahlt werden sollen. Der Beschluß dürfte indessen zunächst ohne jede praktische Folge bleiben; der Gladsteneaner William Allen, welcher den bezüglichen Antrag stellte, begründete seinen Vorschlag damit, daß die Diätenzahlung in fast allen anderen Ländern, sowie in den britischen Colonien eingeführt sei. Die Neuerung könnte ohne Parlamentsacte eingeführt werden durch kleine Belastung des Budgets mit den Kosten. Nachdem die Liberalen Dalziel, Burns und Fenwick für und die Conservativen Field und Rathbone, sowie der Gladsteneaner Atherley Jones gegen den Antrag gesprochen, trat der Schatzkanzler Harcourt Namens der Regierung zu seinen Gunsten ein. Es wäre unmöglich, sagte er, einem Verlangen Widerstand zu leisten, das nicht nur auf der Gerechtigkeit, sondern auf den natürlichen unvermeidlichen Wirkungen der demokratischen Verfassung Englands begründet sei. Die Diätenzahlung müßte sich auf alle Parlamentsmitglieder erstrecken; da entsprechend dem Grundsatz einer Repräsentativ-Regierung die Gesetze vom Volke selber gegeben werden sollten, müßte jede Volksclasse im Parlament vertreten sein. Der Antrag enthalte nichts, was der Würde des Parlaments Eintrag thun oder dessen Ehre antasten könnte. Die Regierung sei indeß der Ansicht, eine so wichtige Verfassungsreform sollte mittelst Parlamentsacte durchgeführt werden. Sobald ihr die nöthige Muße, sowie die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung ständen, würde sie zu deren Durchführung schreiten. Schließlich wurde der Antrag mit 276 gegen 229 Stimmen angenommen. Das Cabinet Gladstone ist somit der Einführung von Tagegeldern für die Volksvertretung nicht grundsätzlich abgeneigt, widerstrebt jedoch dem Ansinnen, ohne förmlichen Parlamentsbeschluß den Kostenbetrag für die Diätenzahlung an die Abgeordneten in den Staatshaushaltplan einzustellen. Damit ist die Erledigung der Angelegenheit auf die lange Bank geschoben, denn ohne Zweifel wird das Oberhaus mit seiner conservativen Mehrheit wenig geneigt sein, auf den Antrag einzugehen. Der Antrag Allen's ist übrigens eine fast wörtliche Wiederholung jenes, den genau vor einem Jahre der Abg. Fenwick im Hause eingebracht hatte. Damals blieb er in der Minderheit, mit 227 gegen 162 Stimmen verwarf ihn das Unterhaus. Die Mehrheit setzte sich aus 189 Conservativen, 34 liberalen Unionisten und vier Liberalen, die Minderheit aus 131 Liberalen, 28 irischen Nationalisten, zwei liberalen Unionisten und einem Conservativen zusammen.

Es liegt ein interessanter Bericht darüber vor, in welcher Weise der neue russische Rector der Universität Jurjew oder, wie wir auch in Zukunft sagen werden, der Universität Dorpat, seine Thätigkeit zu entfalten gedenkt. Die ökonomischen Angelegenheiten dieser dem panslavistischen Barbarismus verfallenen Hochschule werden von einem Directorium verwaltet, das unter Vorsitz des jeweiligen Rectors aus den Decanen der Facultäten besteht. In der Directorial-Sitzung, die im Januar stattfand, stellte sich heraus, daß 24 Faden Brennholz, welches die Universität angekauft hatte, verschwunden waren. Man stellte eine Untersuchung an und ermittelte schließlich, daß diese 24 Faden beim Rector Herrn Budilowitsch abgeladen worden waren. Darüber war nun, wie begreiflich, unter den deutschen Decanen große Entrüstung, sie schlugen Lärm, und da sie mit deutscher Zähigkeit darauf bestanden, Klarheit über den Sachverhalt zu erlangen, erklärte der Rector endlich, das Holz sei allerdings von ihm verbraucht worden, aber er sei bereit, den Preis desselben wieder zu erstatten. Dies Schuldbekenntniß sollte protokollirt werden, da entriß der Rector dem Secretair die Feder und verfaßte höchst eigenhändig das Protokoll, aus dem sich bei der Verlesung ergab, „die Pedanterie der Decane nöthige den Vorsitzenden, den Werth jener 24 Faden Holz, die er optima fide verbraucht habe, zur Universitätscasse zu erlegen." Jener Ausdruck erregte Entrüstung, da er aber nicht abgeändert wurde, gab jeder der deutschen Decane ein Sondervotum zu Protocoll und das gesammte Protokoll wurde nunmehr dem Curator zur Entscheidung vorgelegt. Aus dem Protokoll aber war u. a. auch zu ersehen, daß der Rector, ehe er nachgab, auch behauptet hatte, der Minister der Volksaufklärung habe ihm den Verbrauch des strittigen Holzes gestattet und daß er erst auf das Drängen seiner Collegen, die einen Nachweis für diese Behauptung verlangten, sich erbot, das Holz zu bezahlen. Dieses Protokoll kam nun umgehend vom Curator zurück, der zu demselben nichts Weiteres zu bemerken gefunden hatte, als daß er „rügen" müsse, daß durch die Indiscretion der Decane diese Sache in den weitesten Kreisen bereits bekannt geworden sei!! Man wird zugeben müssen, daß der Herr Curator von Jurjew-Dorpat jedenfalls kein — Pedant ist. Jener Rector Budilowitsch aber ist derselbe Mann, der vor einem halben Jahre bei Antritt seines Amtes erklärte, er sei berufen, die Universität Dorpat aus ihrem bisherigen Schlamm auf die Höhe der Wissenschaft einer russischen Hochschule zu erheben! Offenbar brauchte er das Holz, um sich aus dem Schlamm herauszuhelfen. Uebrigens wundert uns an dem Hergange nichts: er ist echt russisch und leitet die Jurjew-Periode würdig ein. Auch wird Herrn Budilowitsch nichts geschehen, denn wie das russische Sprichwort sagt: „Von den Händen kann man Alles abwaschen!"

Zu dem auf das Moskauer Stadtoberhaupt Alexejew verübten Attentat veröffentlichen die russischen Zeitungen jetzt einige erwähnenswerthe Einzelheiten. Man fand, als der Meuchelmörder Andrianow gleich nach der That ergriffen wurde, bei ihm einen Zettel mit den Worten: „Verzeihe, das Loos ist auf Dich gefallen." Man war nun anfangs geneigt, hieraus zu schließen, daß es sich um ein nihilistisches Complot gegen das Leben des Stadthauptes handele; die wirren Reden jedoch, welche Andrianow gleich darauf über Magnetismus, Electricität u. s. w. führte, ferner daß er berufen sei, verschiedene Personen, unter Anderem Alexejew, zu beseitigen, führten zu der Ueberzeugung, daß man es mit einem Geisteskranken zu thun habe. Die Untersuchung ist übrigens noch nicht abgeschlossen, und es bleibt abzuwarten, ob die Geisteskrankheit nicht vielleicht simulirt ist und der bei Andrianow gefundene Zettel am Ende doch eine ernstere Bedeutung hat, als man vorläufig glaubt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika war bisher bei den anderen Staaten diplomatisch nur durch Gesandte vertreten und umgekehrt. Vor Kurzem indessen hat dieselbe den Grundsatz aufgestellt, sie werde ihren Vertretern bei den fremden Regierungen künftig stets denselben Rang verleihen, welchen diese ihrerseits ihren Vertretern in Washington beilegen werden. Der bisherige Zustand datirt noch aus der Zeit, da die Vereinigten Staaten von den Regierungen der alten Welt als ein noch in der Entwickelung befindliches Gemeinwesen betrachtet wurden, eine Periode, welche freilich seit Jahren überwunden ist. Hiermit hängt die Entschließung der Regierung zu Washington zusammen; die Initiative überließ sie den fremden Mächten, und wie eine Pariser Depesche in unserer gestrigen Ausgabe meldet, hat Frankreich sich zuerst beeilt, den Vereinigten Staaten durch Erhebung der französischen Gesandtschaft in Washington zum Rang einer Botschaft entgegenzukommen. Die entsprechende Rangerhöhung der Vertretung der Vereinigten Staaten in Paris steht demnächst bevor.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 26. März. Beim Schluß der Reichstagssitzungen wurde auch wieder der Gedanke einer Vertagung der Entscheidung über die Militairvorlage bis in den Herbst vielfach erörtert. Es ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei allen diesen Zukunftsperspectiven schwer oder unmöglich zu entscheiden, ob sie irgend welchen ernsten Anhalt haben oder nur den Reflex des weitverbreiteten Wunsches darstellen, einen, wenigstens augenblicklichen Ausweg aus einer kritischen Lage zu finden, aus der gar Viele im deutschen Vaterlande einen solchen finden möchten, ohne die Möglichkeit zu erkennen. Durch eine Vertagung auf den Herbst würde freilich schwerlich viel gewonnen; wir vermögen nicht einzusehen, wieso sich die Situation in einigen Monaten wesentlich verändert haben könnte. Vielfach wird zur Begründung des Wunsches einer Vertagung auf die nahe bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern, Baden und Preußen hingewiesen, in deren Verlauf man nicht das aufregende Moment einer Krisis im Reich hineinwerfen möchte. Wir lassen dahingestellt, inwieweit dieser Gesichtspunct Berechtigung hat. Was die preußischen Landtagswahlen betrifft, so glauben wir nicht, daß auf dieselben die Heeresfrage einen bedeutenden Einfluß ausüben wird. Der Gedanke scheint uns ein Zeichen und Ausfluß der allgemeinen Verlegenheit, Rathlosigkeit und Besorgniß auch bei denjenigen Factoren zu sein, die eine Auflösung und große Krisis vermeiden möchten, ohne doch etwas zu deren Beseitigung thun zu wollen. Den Weg zu einer dauernden Lösung der großen schwebenden Frage vermögen wir in solchen Anregungen nicht zu erblicken.

‖ **Berlin**, 25. März. Bei der Conferenz von Sachverständigen zur Berathung über die reichsgesetzliche Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt ist seitens der Regierungsvertreter eröffnet worden, daß die Angelegenheit nunmehr ohne Aufenthalt, und zwar unabhängig von der demnächstigen Revision des Handelsgesetzbuches, durch ein Sondergesetz erledigt werden wird. Als wesentlichste geplante Neuerungen gegenüber dem geltenden Recht sind zu bezeichnen: die allgemeine Einführung von Schiffsregistern für Binnenschiffe von einer gewissen Tragfähigkeit, die Beschränkung der Verantwortlichkeit des Schiffsführers und der Schiffsmannschaft auf die Haftung mit Schiff und Fracht, die Regelung der Rechtsstellung und des Dienstverhältnisses des Schiffsführers und der Mannschaft, die Aufstellung gesetzlicher Normen über Lade- und Löschzeit, über das Rücktrittsrecht des Absenders und des Schiffers, über die Tragung der Schiffahrtskosten und die Haftung aus den Ladescheinen, die gesetzliche Anerkennung des Rechtsinstituts der großen Havarie — die Uebertragung der seerechtlichen Bestimmungen über die Entschädigungspflicht beim Zusammenstoß von Schiffen auf die Binnenschiffahrt, die Regelung der Vergütung in Fällen der Bergung und Hilfeleistung —, die Gewährung gesetzlicher Pfandrechte für die sogenannten Schiffsgläubiger. Bestimmungen über die vertragsmäßige Verpfändung hatte der vorgelegte Entwurf in das Schiffsregister nicht aufgenommen, vielmehr sollte dieser Gegenstand der Regelung durch das bürgerliche Gesetzbuch vorbehalten bleiben. Mit Rücksicht auf die bei den Berathungen geltend gemachten Wünsche nach einer alsbaldigen, wenn auch nur vorläufigen Regelung der Frage ist jedoch eine erneute Erwägung der Angelegenheit in Aussicht gestellt worden.

— Auch am gestrigen Vormittage unternahmen der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt durch den Thiergarten. Von derselben zurückgekehrt, nahm der Kaiser die Vorträge der Chefs des Generalstabes und des Militaircabinets entgegen.

— In einem an sämmtliche Provinzialschulcollegien gerichteten Erlaß hat der Cultusminister bestimmt, daß bei der Abschlußprüfung der vom Religionsunterrichte zeitweilig befreiten Schüler der Untersecunda die Prüfung in der Religion so vorzunehmen ist, wie bei den Abiturientenprüfungen dispensirter Schüler. Danach haben also diejenigen Schüler, welchen die Dispensation zugestanden ist, auch in Religion den allgemeinen Anforderungen zu genügen.

— Der Bericht der Commission des Abgeordnetenhauses über das Communalsteuergesetz wird am Dienstag der künftigen Woche festgestellt werden und voraussichtlich noch vor den Osterfeiertagen an die Mitglieder des Hauses zur Absendung gelangen.

— Dem „Hann. Kur." zufolge ist davon die Rede, daß möglicher Weise demnächst eine Conferenz aller deutschen Finanzminister stattfinden werde.

— Die an Posthäusern angebrachten Uhren werden in der Nacht vom 31. März zum 1. April zu demjenigen Zeitpuncte, zu welchem nach mitteleuropäischer Zeit Mitternacht eintritt, auf letztere Zeit eingestellt werden. Die Postanstalten haben Anweisung erhalten, den Behörden und dem Publicum auf Anfragen über das Verhältniß der bisher angewendeten Ortszeit zu der mitteleuropäischen Zeit Auskunft zu ertheilen.

— Der amtliche Katalog der Ausstellung des deutschen Reiches auf der Weltausstellung in Chicago liegt bereits in schöner Ausstattung gedruckt vor (Berlin, J. Springer) und giebt eine Uebersicht über die rege Betheiligung des deutschen Gewerbes, der Industrie und Kunst an dem großen internationalen Wettstreit. In 17 verschiedenen Gebäuden haben die rund 3200 Aussteller ihre Erzeugnisse untergebracht, eine Reihe von größeren Gegenständen ist im Freien aufgestellt worden. 28 Sammelausstellungen sind zu verzeichnen, z. B. die des preußischen Bergbaues, der preußischen Eisenbahnverwaltung, der deutschen Kunstgenossenschaft, des Maschinenbaues, der Spielwarenindustrie und des Weinbaues. Da das Bild, welches eine durch Umstände verschiedenster Art immerhin beschränkte Ausstellung von der Entwickelung eines Landes giebt, nicht vollständig und erschöpfend sein kann, so haben hervorragende Fachmänner den einzelnen Theilen des Katalogs Einleitungen beigegeben, die in knappster Form über den augenblicklichen Zustand der betreffenden Gebiete berichten.

— Die „Voss. Ztg." schreibt: Die „Freis. Ztg." glaubt, unsere Meldung über das zu begründende Regierungsblatt in Zweifel ziehen zu müssen. Wir wiederholen, daß unsere Meldung zuverlässig ist. Weitere Mittheilungen, die uns noch zur Verfügung stehen, enthalten wir uns und lassen den Verhandlungen nun ihren Lauf."

— Cardinal D. Cremenz traf Freitag Abend aus Köln hier ein.

— Das Kammergericht hat auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft die Wiederverhaftung des Ingenieurs Panich unter der Zurückweisung jeder Cautionsstellung, gleichviel in welcher Höhe, angeordnet. Die Verhaftung ist bereits ausgeführt und Panich wieder in das Moabiter Untersuchungsgefängniß eingeliefert worden.

— Eine Versammlung von 800 Innungsmeistern nahm gestern Stellung zum Schneiderstreik. Kein Streikender soll zu höherem Lohn angestellt, außerdem von jedem Meister eine Liste der Streikenden geführt werden. Verhandlungen mit dem Streik-Comité wurden abgelehnt und jedem Arbeiter überlassen, seine Forderungen selbst zu stellen.

* **Posen**, 25. März. Das „Posener Tagebl." schreibt: Das hier verbreitete Gerücht, der Kaiser habe die Absicht gehabt, in der vergangenen Nacht hier einzutreffen, um die Garnison zu alarmiren, die Reise sei aber im letzten Augenblick aufgegeben worden, wird uns auf eine Anfrage an unterrichteter Stelle als auf Wahrheit beruhend bezeichnet; einer gestern Abend eingetroffenen amtlichen Depesche zufolge habe Se. Majestät den Besuch in Posen bis auf Weiteres verschoben.

* **Hamburg**, 25. März. Zum Ahlwardt-Scandal schreiben die „Hamb. Nachr." kurz und bündig: „Die gesammte deutsche Presse ist, mit wenigen Ausnahmen, die nicht ins Gewicht fallen, einig in der Beurtheilung des neulichen Auftretens Ahlwardt's im Reichstage."

* **Magdeburg**, 26. März. Wie die „M. Z." hört, beabsichtigt die hiesige Parteileitung der Nationalliberalen in allernächster Zeit eine Vertrauensmänner-Versammlung hierher zu berufen, zu der alle Kreise des Regierungsbezirks Magdeburg eingeladen werden sollen. Es wird dazu in allen diesen Kreisen eine feste Organisation der Parteigenossen, sowie die Erneuerung und Ergänzung der Vertrauensmänner-Listen nothwendig sein, zu welchen Vorbereitungen schon die nächsten Tage benutzt werden.

* **Wernigerode**, 24. März. Ueber eine Ausschreitung bei der Veranlagung der Einkommensteuer bringt die „Freis. Ztg." folgende Mittheilung: In Wernigerode ist an einen Hotelbesitzer von dem Landrath ein Fragebogen gerichtet worden, der nicht nur verlangt, den gesammten jährlichen Geschäftsumsatz, die Betriebs- und Anschaffungskosten im Einzelnen mitzutheilen, sondern auch noch folgende Specialfragen enthält: 1) Wie hoch beläuft sich der jährliche Verdienst an warmen und kalten Speisen incl. Kaffee durchschnittlich? 2) Wie viel setzen Sie jährlich um an Spirituosen (Likören, Rum, Schnaps, Grog 2c.), Thee, Chocolade, Sauerbrunnen, Selterswasser u. dergl. 3) Wie viel desgl. an Weinen (Roth- und Weißwein, Sect)? 4) Wie hoch rechnen Sie Ihren Verdienst zu Frage 2? 5) Wie hoch zu Frage 3? 6) Wieviel Bier wird jährlich umgesetzt (in Hektolitern anzugeben) und zwar a. helles, b. echtes (dunkel 2c.)? 7) Wie hoch berechnen Sie den Verdienst am Hektoliter (für jede Sorte besonders)? 8) Wieviel Logirgäste haben Sie im Jahre durchschnittlich? 9) Das Logis kostet, excl. Kaffee, durchschnittlich wieviel und den Verdienst schätzen Sie auf ein Jahr wie hoch? 10) Wieviel